



BILD: WALTBILDER, PIXELIO

Die Wirtschaft sind wir alle

Eine wirtschaftspolitische **Standortbestimmung** in turbulenten Zeiten

SP-Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher schaut auf die Erfolge seiner bisherigen Amtszeit zurück und erläutert, was die Regierung gegen die drohende Rezession unternehmen will.

Andreas Rickenbacher

Gleich nach Amtsantritt habe ich die Handlungsspielräume für eine rot-grüne Politik in der Volkswirtschaftsdirektion ausgelotet und danach verschiedene Projekte und Massnahmen umgesetzt oder in die Wege geleitet. Dazu einige Beispiele:

- Die neue Wachstumsstrategie für den Kanton Bern: mit rot-grünen Akzenten z. B. in der Familienpolitik
- Massnahmen zur gezielten Förderung des Wohnstandortes Kanton Bern
- Neue Kriterien im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung (Soziales, Ökologie) bei der Wirtschaftsförderung
- Erste Lehrstellenkonferenz und erster Lehrstellenbericht zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Mehr finanzielle Mittel für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft
- Förderprogramm 2008–2011 für die Energieproduktion aus Vergärungsanlagen (Gülle, Schnittgut usw.)
- Gesetz zum Schutz vor Passivrauchern
- Reorganisation und Stärkung der Arbeitsmarktaufsicht (flankierende Massnahmen)

■ Start eines breit angelegten Aktionsprogramms zur Förderung der Biodiversität (Artenvielfalt) im Kanton Bern.

Wenn Seifenblasen platzen

In der Wirtschaft ist es wie im Strassenverkehr oder in der Schule: Zu viele Regeln töten jede Kreativität und hemmen die Innovation. Zu wenig Regeln führen aber zu Chaos und Missständen. Was wir brauchen, ist ein guter, intelligenter Mix.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dies nichts Neues. Wir haben seit Jahren die Auswirkungen des blinden «Laissez-faire» im globalen Casino-Kapitalismus kritisiert und internationale Regeln gefordert.

Weil diese Regeln nicht eingeführt wurden, stehen wir heute erstmals seit vielen Jahren vor einer weltweiten Rezession.

Wir wissen nicht, wie tief diese sein wird. Wegen seiner Wirtschaftsstruktur mit viel öffentlicher Verwaltung, öffentlichen Unternehmen und KMUs ist der Kanton Bern zurzeit weniger stark betroffen. Dennoch hat der Regierungsrat rasch gehandelt und ein kurzfristiges Massnahmenpaket lanciert, um den Folgen der zu erwartenden Konjunkturabschwächung entgegenzutreten. Die Regierung beantragte dem Grossen Rat für 2008 einen einmaligen generellen Steuerabzug und eine rückwirkende Lohn-erhöhung für das Kantonspersonal. Damit wird erreicht, dass die Steuerzahlenden am Ertragsüberschuss teilhaben und die Kaufkraft der Kantonsangestellten erhalten bleibt.

Der Kanton Bern wird mit den im Budget vorgesehenen höheren Net-

toinvestitionen in den Hochwasserschutz oder in den öffentlichen Verkehr die Konjunktur nachfrageseitig unterstützen. Zusätzlich werden aber auch die Ziele des Schuldenabbaus weiterhin erreicht.

Ausblick auf kommende Schwerpunkte

Der erste und wichtigste wirtschaftspolitische Schwerpunkt der nächsten Monate ist sicher die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit vom kommenden Februar. Aus Sicht des Kantons Bern ist die Personenfreizügigkeit eine Erfolgsgeschichte: Dank dem freien Personenverkehr konnten wir den Arbeitskräftemangel in zahlreichen Bereichen ausgleichen. Er funktioniert aber nur, wenn die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping und Schwarzarbeit rigoros umgesetzt werden – auch dafür werde ich mich als Volkswirtschaftsdirektor weiterhin einsetzen.

Andere wichtige Schwerpunkte für die nächsten Monate sind unter anderem:

- Inkrafttreten des Passivraucherschutzgesetzes
- Behandlung des Gesetzes über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots im Grossen Rat
- Wachstumsstrategie 2010.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass die SP zu Recht nicht nur eine Partei für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz ist, sondern auch eine Wirtschaftspartei, denn die Wirtschaft – das sind wir alle!

Andreas Rickenbacher ist Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern

Tschou

Yes, we can!

Ich habe in der Nacht vom 4. auf den 5. November, wie sicher auch viele von euch, etliche Stunden vor dem Fernseher verbracht und habe mit feuchten Augen den Sieg Barack Obamas miterlebt.



Die Alternative, vier oder acht Jahre mit einem über siebzigjährigen Mann als Führer einer Weltmacht,

wollte ich mir nicht vorstellen, trotz der demonstrierten Jugendlichkeit des alten Kämpfers sowie seiner Frauenförderung mit der Vize-Präsidentenschaftskandidatin.

Apropos – Frauen. In der amerikanischen Wahlkampagne 2008 wurde die Rolle der Frauen immer wieder diskutiert: die Rolle der Ehefrauen der Kandidierenden, die Lebensumstände und Garderobe der möglichen Vizepräsidentin, die Wahlpräferenz der weiblichen Stimmberechtigten. Obama war keine Frauenwahl, obwohl Michele Obama eine wichtige Rolle vor und hinter den Kulissen übernahm. Sie präsentierte sich als eine Frau mit Köpfchen, mit klaren Vorstellungen und dem Willen aktiv mit ihrem Mann die Präsidentschaft zu gestalten. Im Land der unendlichen Möglichkeiten ein eher schwieriges Unterfangen. Ich erlebe die USA als ein Land der unendlichen Gegensätze. Ein Land, wo Konservatismus und Religiosität vielenorts den Alltag prägen, die persönliche Freiheit ohne Rücksicht auf die Gesellschaft als höchstes Gut gehandelt werden, wo Menschenrechte und Gerechtigkeit der Staatsräson geopfert werden. YES, WE CAN – sagte der neue Präsident der Weltmacht. Nun hoffe ich sehr, dass dieses JA ein JA für Bildung für alle, für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, für die Solidarität zwischen Arm und Reich und für eine nachhaltige Umweltpolitik steht und das WIR KÖNNEN für die Bereitschaft, die nötigen Massnahmen unverzüglich anzugehen.

Angelika Neuhaus ist Parteisekretärin der SP Kanton Bern

SPITZE FEDER

Auch Banker haben es schwer

«Senden». So. Jetzt habe ich dieses E-Mail verschickt. Immerhin waren das mit Anrede und den freundlichen Grüßen vier Zeilen. Das gibt ein *B*. Und nun mache ich mich an dieses schwierige Telefonat. – Voilà, schon erledigt.



Meine Sekretärin besorgt für den Buben meiner Kundin eine «Nanny». Diese Kundinnen sind eben schon fordernd. Aber ich habe das hingekriegt. Das gibt ein *O*, und zwar ein langes, mit Bewunderung.

Was habe ich auch für einen Stress. Ich hole mir einen Kaffee. Meine Sekretärin sucht ja grad die Nanny für meine Kundin, also mache ich mir den Kaffee selber. Wer macht das heutzutage schon noch selber? Ich. Das gibt ein *N*. Ein Anruf? Für mich? Aha, falsch verbunden. Aber ich habe den Hörer abgenommen. Das gibt ein ehrfürchtiges *U*. Schauen wir mal, was die Aktienmärkte so machen. Sie fallen. Aha. Immerhin weiss ich das jetzt. Bin auf dem neuesten Stand der Dinge. Das braucht's in meinem Beruf. Das gibt ein schönes *S*.

Jetzt gehe ich aber, ich bin erschöpft und der *B*O*N*U*S* ist ja gesichert.

Genug davon? Die SP fordert: Kein Geld ohne Gegenleistung. Jetzt Online-Petition der SP Schweiz unterschreiben: www.spschweiz.ch

Mylène Nicklaus



Mitarbeiter des Solarcenter Muntwyler montieren die Solaranlage bei Gutknechts.

BILD: HANSRUEDI GUTKNECHT

Solarenergie auf der Wartebank

Alleine im Kanton Bern sind **400 Solaranlagen auf der KEV-Warteliste**

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Ein Zeichen in diese Richtung wurde mit der neu eingeführten kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) gesetzt. Leider sind die Fördermittel bereits grösstenteils vergeben. Die SP/JUSO-Fraktion forderte in der Novembersession erfolgreich, dass die Mittel für die Einspeisevergütung erhöht werden und somit mehr Anlagen für erneuerbare Energie realisiert werden können.

Yvonne Mühlematter

Familie Gutknecht aus Moosseedorf gehört zu den wenigen Glücklichen, welche eine Einspeisevergütung erhalten. Ihr Flachdach eignet sich bestens als Standort für eine Solaranlage. Als SP-Mitglied Christa Gutknecht von der Möglichkeit gehört hat, selber Strom zu produzieren, habe sie «nicht lange gezögert». Seit Ende Oktober ist die Anlage nun in Betrieb und Christa Gutknecht ist sehr zufrieden damit: «Selber Strom zu produzieren, gibt ein gutes Gefühl. Als überzeugte AKW-Gegnerin freut es mich, mit der eigenen Stromproduktion aktiv zu einer besseren Lösung der Energiefrage beitragen zu können.» Dies ist aber nur dank der Einspeisevergütung des Bundes möglich. Ohne diese wären die Kosten von ca. 70 000 Franken für die Solaranlage viel zu hoch gewesen. Mit der Einspeisevergütung erhalten die Gutknechts nun pro produzierte Kilowattstunde 75 Rappen. Die Investition der Gutknechts ist so in ca. 12 Jahren amortisiert.

400 Solardächer auf Warteliste alleine im Kanton Bern

Nicht alle waren so schnell wie Gutknechts und so sind viele weitere Solaranlagen auf einer langen Warteliste für die Einspeisevergütung, da die Gelder des Bundes bereits ausgeschöpft sind. Alleine im Kanton Bern sind so ca. 400 Solaranlagen in der Warteschlange, gesamtschweizerisch bis zu 3000. Zudem droht auch bei den anderen Technologien wie Biomasse, Windkraft oder Wasserkleinkraftwerke bald der KEV-Stopp.

SP/JUSO-Fraktion fordert mehr Mittel für die Erneuerbaren

Um der erhöhten Nachfrage bei der Einspeisevergütung gerecht zu werden, fordert deshalb die SP/JUSO-Fraktion eine massive Erhöhung der Mittel für erneuerbare Energien. In der letzten Session hat sie eine Motion für eine Standesinitiative zur Erhöhung oder Aufhebung des Deckels bei der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) eingereicht, diese

wurde in der Novembersession vom Grossen Rat klar angenommen.

Jetzt in erneuerbare Energien investieren

Gerade in der jetzigen, wirtschaftlich unsicheren Zeit ist es wichtig, dass möglichst viele Investitionen getätigt werden können. SP-Nationalrätin Ursula Wyss: «Durch die Begrenzung der Kostendeckenden Einspeisevergütung sind heute viele Investitionen in erneuerbare Energien blockiert. Diese Erhöhung der Mittel ist eine der sinnvollsten Unterstützungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.» Alleine im Kanton Bern wäre das Solarstrom-Potenzial riesig, ist auch Jürg Wittwer, Geschäftsleiter beim Hausverein Schweiz, überzeugt: Im Kanton weisen rund 34 km² Dachflächen Südlage auf und wären für die Stromerzeugung bestens geeignet.

Yvonne Mühlematter ist Politologie-Praktikantin bei SP Stadt und Kanton Bern

WAS IST DIE KEV?

Wer selber Strom produziert, muss diesen in das nationale Stromnetz einspeisen können, da Strom nicht gespeichert werden kann. Für den gelieferten Strom aus erneuerbaren Energien erhält der Stromproduzent eine Vergütung, die sogenannte Einspeisevergütung, welche deutlich über dem Strom-Marktpreis liegt. Finanziert wird diese durch einen Zuschlag auf dem gesamten Strom-

verbrauch. Für das Jahr 2009 wurde der Zuschlag auf 0.45 Rappen pro Kilowattstunde festgelegt. Dieser Betrag reicht bei weitem nicht, um alle angemeldeten Projekte für erneuerbare Energien mit einer Einspeisevergütung zu unterstützen.

Weitere Informationen zum Anmeldeverfahren KEV auf unserer Website: www.spbe.ch

Politik entdecken lohnt sich

Zwei **Quereinsteigerinnen** im Grossen Rat

Ursula E. Brunner und Michèle Morier-Genoud machen seit diesem Jahr für die SP im Berner Grossen Rat Politik. Ursula ist Organisationsberaterin aus Hinterkappelen. Michèle arbeitet als Spitex-Pflegerin und Gender-Spezialistin und wohnt in Biel. Beide kamen erst vor kurzem zur Parteipolitik. Weshalb dies – und was wollen sie jetzt im Kanton Bern bewegen?

Mit Ursula E. Brunner und Michèle Morier-Genoud sprach Daniel Furter

Ihr seid beide erst seit wenigen Jahren in der SP. Wo liegen eure politischen Wurzeln?

Ursula: Ich erlebte noch die Zeit vor dem Frauenstimmrecht. Als Teenager beschäftigte mich das atomare Hochrüsten zwischen NATO und Warschauer Pakt. Daraus ergab sich mein Engagement bei den Frauen für den Frieden: Ich organisierte Demos und war zum Beispiel 1982 an der Grosskundgebung in New York dabei. **Michèle:** Ich verbrachte meine Kindheit in Moçambique. Dort war ich täglich mit den Folgen des Kolonialismus und den Bidonvilles (Elendsvierteln) konfrontiert. 1961 erlebte ich den Beginn des Unabhängigkeitskampfes. Als ich 13 war, ist meine Familie in die Schweiz zurückgekehrt; hier engagierte ich mich bald darauf in der SchülerInnen- und StudentInnenbewegung.

Die Frauen sollten Politik auch als Karrieremöglichkeit verstehen.

MICHÈLE MORIER-GENOUD

Wieso der späte Eintritt in die SP?

Beide: Da spielte sicher lange eine kritische Haltung gegenüber den erstarrten Formen in den Parteien mit. Wir zogen beide konkrete Aktionen im Alltag der Parteipolitik vor.

Heute gehören die Grossratsmissionen zu eurem Alltag. Was hat euch dabei am meisten überrascht?

Michèle: Der Lärm während den Sitzungen. Am Schluss des Tages weiss ich jeweils nicht mehr, wo mir der Kopf steht.



Ursula E. Brunner und Michèle Morier-Genoud an der Vorbereitungssitzung der SP/JUSO-Fraktion in Ins. BILD: DANIEL FURTER

Ursula: Alle sind sehr höflich miteinander – auch wenn wir politisch völlig unterschiedliche Ansichten vertreten. Positiv überrascht hat mich auch die grosse Hilfsbereitschaft untereinander und in der Verwaltung.

Für welche Frauenanliegen wollt ihr euch im Grossen Rat einsetzen?

Michèle: Bei Gesetzesprojekten muss festgestellt werden, ob sie unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter haben. Sensible Projekte und Budgets müssen auch unter dem Genderaspekt analysiert werden. Dies wird heute bei Gesetzesänderungen bereits gemacht.

Ursula: Ich habe mich lange für die gerechte Verteilung von Haus- und Berufsarbeit und für Tageschulen eingesetzt. Hier wurden wichtige Ziele erreicht. Ich teile die Haltung von Michèle, dass soziokulturelle Aspekte (Gender) bei politischen Entscheidungen ein Kriterium sein müssen, damit eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter realisiert werden kann.

Die Vorbereitungen für die Grossratswahlen 2010 beginnen bereits. Welche Tipps gebt ihr Frauen, die in die Politik einsteigen wollen?

Ursula: Jede sollte zuerst ganz ehrlich zu sich sein: Will ich wirklich kandidieren? Wofür stehe ich? Wen oder was will ich in der Politik vertreten?

Michèle: Die Frauen sollten Politik auch als Karrieremöglichkeit verstehen, sie auf ihre Bedürfnisse anpassen und zielstrebig vorangehen.

Für viele Frauen liegt die Schwierigkeit darin, die verschiedenen Aufgaben unter einen Hut zu bringen. Wie schafft ihr das?

Ursula: Ich unterscheide nicht zwischen Politik und Privat. Den Rückzug ins Private erachte ich vielfach als bequeme Ausrede. Politik bedeutet für mich, sich um die Alltäglichkeiten des Lebens zu kümmern. Und dann will ich meinem Partner auch sagen können: Jetzt bin ich weg.

Michèle: Wichtig sind klare Abmachungen. Mit dem Partner, mit dem Arbeitgeber und mit den Kindern müssen neue Rollen gefunden werden.

Ursula: Wer die bisherigen Rollen einfach übernimmt, ist halt auch etwas bequem.

Den Rückzug ins Private erachte ich vielfach als bequeme Ausrede für Desinteresse.

URSULA E. BRUNNER

Ihr habt den Sprung in die Parteipolitik dann doch gewagt. Euer bisheriges Fazit?

Ursula: Wie gesagt, das Private ist politisch und umgekehrt. Politik beginnt für mich im Alltäglichen, dies kann ich jetzt umsetzen.

Michèle: Es lohnt sich die politische Welt zu entdecken. Von aussen ist nur wenig sichtbar und vorstellbar. In der Politik lernst du, klare Entscheide zu fällen. Es gibt nicht ein bisschen Ja oder ein wenig Nein.

SP FRAUEN

Frauenquoten

In der SP sind Frauenquoten bei der Zusammenstellung von Wahllisten und Gremien üblich. Bei den bürgerlichen Parteien weckt nur schon das Wort «Frauenquote» einen Abwehrreflex der gröberen Art aus.



An einer Veranstaltung zum Thema «Frauen in Verwaltungsräten» habe ich von einer sehr kompetenten Rednerin gehört, dass sie das Wort «Quote» nicht mehr in den Mund nehme, da mit diesem «Unwort» ein Ablehnungsreflex aktiviert werde und die Zuhörer dann gar nicht mehr auf den Inhalt achteten.

Bei der Zusammenstellung von Wahllisten kennen wohl die meisten Wahlausschüsse das Problem, eine Liste nicht nur voll zu bekommen sondern auch paritätisch zu gestalten. Hier kommt häufig der Vorwurf, dass Frauen zwar angefragt wurden, diese aber nicht bereit seien zu kandidieren. Der Vorwurf ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Leider gibt es immer noch zu wenig Frauen, die bereit sind, zu kandidieren – vor allem wenn sie sich das Amt selber noch nicht 100-prozentig zutrauen. Das führt dazu, dass die Frauen, die sich zur Verfügung stellen, dann an allen Wahlen teilnehmen sollten.

Übrigens kennen wir Quoten auch im Kanton. Der garantierte Jura-sitz im Regierungsrat z.B. ist ein solcher Quotensitz. Erstaunlicherweise wird dieser weder bestritten noch als «Alibisitz» betrachtet.

Braucht es also noch Quoten? Ich finde ja, unbedingt. Sei es auf Listen (wenigstens sind sie hier anzustreben) oder in Gremien. In letzter Zeit besuchte ich zwei Podien mit sogenannten «Fachleuten». Alles Männer!? Solches darf einfach nicht mehr nur mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen werden.

Dorette Balli-Straub ist Grossrätin und im Leitungsgremium der SP-Frauen

SCHLUSSSPURT

Jetzt alle an die Urne!

Der 30. November ist in vielen Berner Gemeinden Wahltag. So werden – um nur einige Beispiele zu nennen – in Bern, Brienz, Burgdorf, Muri, Ostermundigen, Steffisburg und Worb die Gemeindepräsidenten, die Gemeinderäte und auch die Gemeindeparlamente neu gewählt. In allen Gemeinden stellen sich profilierte Persönlichkeiten für die SP zur Wahl – vielfach auch für das Gemeindepräsidium. Jetzt müssen wir sie nur noch wählen!



Entscheide über die Zukunft am 30. November an der Urne! BILD: DAVID ADAIR, EX-PRESS

Auch wichtige Abstimmungsvorlagen kommen am 30. November vors Volk. Zentral ist ein JA zur AHV-Initiative, welche für alle Arbeitnehmenden eine flexible Pensionierung ermöglicht. Die unbrauchbare FDP-Verbandsbeschwerde-Initiative verdient nichts anderes als ein klares NEIN – ebenso die nicht sinnvoll umsetzbare Unverjährbarkeitsinitiative. JA sagt die SP hingegen zur Fortführung der bis-

herigen Vier-Säulen-Drogenpolitik (Betäubungsmittelgesetz) und zur Hanf-Initiative, welche die unsinnige Kriminalisierung eines grossen Bevölkerungsteils beendet. Im Kanton Bern wird zudem über neue Wahlkreise abgestimmt, auch dazu sagt die SP zwei Mal JA.

Es lohnt sich also doppelt, dieses Wochenende an die Urne zu gehen.

Auf dass die SP in vielen Gemeinden und Abstimmungsthemen am Sonntagabend Erfolge feiern kann. Hilf auch du mit und gehe am Samstag oder Sonntag an die Urne, wenn du noch nicht brieflich teilgenommen hast. Alle Kandidierenden, welche sich für unsere Anliegen engagieren, danken es dir.

AGENDA

26. NOVEMBER
19 – 21.30 Uhr
Parteitag SP Kanton Bern zur Wirtschaftspolitik
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin:
SP Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1096, 3000 Bern 23
Telefon 031 370 07 80
links.be@sp-be.ch

Spenden: PK 30-895-9
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste
Ausgabe: 1. Dezember 2008

Adressänderungen bitte
direkt an:
linksabo@spschweiz.ch

ROTES BRETT

AUSSTELLUNG:

KOPF AN KOPF – POLITIKERPORTRÄTS



Museum für Gestaltung Zürich
www.museum-gestaltung.ch

Ausstellung bis 22. Februar 2009

Welcher Muster bedienen sich die PolitikerInnen, um sich die Gunst der Wählerschaft zu sichern? Der Sammlung von Wahlplakaten aus aller Welt und verschiedenen Epochen werden bissige Satiren gegenübergestellt.

Führungen:

Jeweils Mittwoch um 18.30 Uhr sowie am ersten Sonntag im Monat um 14 Uhr.

ALS SP-MITGLIED 5 FRANKEN GÜNSTIGER IN DIE:

Dampfzentrale, Marzilistrasse 47, Bern
www.dampfzentrale.ch

TANZ / PERFORMANCE VON ÖFF ÖFF PRODUCTIONS: «TUBELAND»

18. Dezember, 19.00	19. Dezember, 20.00
20. Dezember, 20.00	21. Dezember, 19.00
26. Dezember, 20.00	27. Dezember, 20.00
28. Dezember, 19.00	29. Dezember, 20.00

Mit dem SP-Mitgliederausweis erhältst du an der Abendkasse 5.– Rabatt (nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen).

WÜRDEST DU GERNE LESERINNEN-BRIEFE SCHREIBEN?

Du weisst aber nicht genau, was zu beachten ist? Wir helfen gerne weiter. Die SP Kanton Bern sucht Mitglieder und SympathisantInnen, die gerne ab und zu ihre Meinung mit einem LeserInnenbrief kundtun würden, aber nicht wissen, wie dabei am besten vorzugehen ist. Bitte meldet euch bei 031 370 07 83 oder links.be@sp-be.ch.

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@sp-be.ch

Der starke Personalverband

BSPV



Wir kämpfen für unsere Mitglieder!

Und beraten Sie gerne:
www.bspv.ch, 031 311 11 66.

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband